

Gewissen

30 Pfennige

Zehnter Jahrgang Nr. 11

Berlin, Sonntag, den 11. März 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W 30, Mohlstraße 22. Druck: Naue'sche Buchdruckerei A. G., Berlin S 14, Stallschreiberstraße 5. — Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. — Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich RM. 1.—, durch den Verlag (nur Jahresabonnement) RM. 12.—. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifenband vierteljährlich RM. 3.75, Jahresabonnement RM. 15.—. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Programm und Realitäten

Wir stehen bereits im Gedränge der Wahlen. Man muß zugeben, daß das deutsche Volk im allgemeinen sich nicht im Klaren ist, was eigentlich mit dem Beginn neuer Wahlen vor sich geht. Der Kampf der Parteien um die Seelen der Wählerschaft steigert sich zwar. Die geloderten Heerscharen werden geordnet, unter aufgefrischem Wahlzeichen gesammelt und in den Kampf geführt. Bei anderen Völkern geht es soweit, daß in der Wahlzeit sogar die Geschäfte ins Stocken geraten und alle Kräfte sich für den Wahlkampf freimachen. Die Menschen bei uns nehmen diese Gelegenheit nicht so wichtig, weil sie sich nicht entschließen können, das politische Theater ernst zu nehmen. Sie sind auch zu sachlich und stoßen sich an der künstlichen Maske und der Verlogenheit des Ganzen. Andererseits führt die gleiche Anlage zur Sachlichkeit dazu, daß man zum Teil auch das für bare Münze nimmt, was lediglich Parteitaktik und Stimmenfang bedeutet. Jedenfalls glaubt man immer noch an Programme, auch wenn sie längst abgewirtschaftet haben.

Man hat auch das Notprogramm wieder ernst genommen und zeigt sich überrascht, daß seine Durchführung Schwierigkeiten macht. Bei diesem Notprogramm handelt es sich allerdings um ein ganz kurzfristiges Parteikompromiß, das kaum Bedeutung hat, auch für die Landwirtschaft nicht. Viel bedeutender dagegen ist, daß die eigentlichen Notfragen, vor allem die Notfrage der Landwirtschaft, zu einer Programmfrage geworden sind, um die man hüben und drüben streitet. Die Sozialdemokratische Partei ist mit einem großen Agrarprogramm herausgekommen, hauptsächlich verfaßt von ihrem Sachverständigen Baade und autorisiert durch ihren Staatssekretär Krüger.

Man weiß, daß Baade auch von seinen Gegnern ernst genommen wird. Die typische Verbindung von demokratischem Stimmenfang und sachlichen Erwägungen gibt dem Programm einen peinlichen Charakter. Das Programm zwingt die organisierte Interessenvertretung zur Verteidigung, die eine grundsätzliche Schwierigkeit hat, weil man politische Programme eben nur mit politischen Programmen bekämpfen kann und nicht mit „Parolen“, die, wie etwa „Schutz des Besitzes“, als Interessenparolen wirken. Es gilt die Produktion zu schützen. Das ist auch in der Sache etwas anderes. Man würde sich von beiden Seiten nähern, wenn man von vornherein auch auf der sogenannten Rechten die Verantwortung der nationalen Produktion als Sammelparole hochhalten würde. Man befände sich dann auf der gleichen Ebene: Kein Recht ohne Pflicht! Aber die Ausbalancierung von Rechten und Pflichten bliebe dann immer

noch der Streit offen. Aber um taktisch zu sprechen: Man machte es dann dem Gegner nicht so leicht, wie es leider immer noch auf Seiten der Besitzvertretung der Fall ist.

Aber was nützte selbst ein Agrarprogramm, das durch seine sachliche und wirtschaftspolitische Überlegenheit dem Gegner überlegen wäre? Was helfen überhaupt Programme? In einer Zeit der Not — das haben wir im Kriege erfahren — sind die inneren Spannungen, die sich aus dem gesteigerten Wirtschafts- und Lebenskampf ergeben, so schwierig und können sich zu so akuter Feindseligkeit steigern, daß man mit sachlichen Erwägungen zur Zeit überhaupt nicht mehr durchkommt. Man mag annehmen, daß die Not zwingt und die vielen Menschen, die nun einmal an der Hungerstippe liegen, zum einfachen Ja-Sagen nötigt! „Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren, sondern auch der Herr Jedermann.“ Aber soweit sind wir noch nicht. Es geht heute noch um Besitzstreit, um Klassenkampf; und die wirtschaftlichen und sozialen Unruhen haben auch den ruhigsten und geduldigsten Teil unseres Volkes, den Bauern, erfaßt. Robert Schmidt, der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister a. D., erklärt zwar, daß man das Geschrei der Landwirte seit „zig“ Jahren kenne und nicht ernst zu nehmen brauche. Schließlich geht es den meisten Deutschen heute schlecht. Warum soll es nicht auch den Bauern schlecht gehen? Aber man soll nicht unterschätzen, daß die Unruhe der Bauern mehr bedeutet, daß das im Grunde unsoziale Element des Bauern, wenn es einmal politisiert ist, dem Ganzen ebenso gefährlich werden kann, wie der Aufstand der Arbeiter. Und wenn jetzt weitere Kreise erkennen, daß es eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft gibt, wenn auch die liberalen Politiker mit Reformvorschlägen zur Sanierung der Landwirtschaft kommen, dann zeigt das wohl, daß man wirtschaftlich die Konsequenzen überblickt; aber wir fürchten, daß man die politischen Realitäten immer noch falsch beurteilt und gar nicht weiß, wie man politisch ihrer Herr werden wird. Man versucht es mit Programmen und vielleicht auch mit Organisation. Und man wird, man muß scheitern, da nun einmal die geldliche Liquidität unserer Volkswirtschaft so geschwächt ist, daß weder die erforderliche Aktivität noch die Bewegungsfreiheit vorhanden sind. Das zeigt sich aber nicht nur in einer tödlichen Erstarrung allen Organisationswesens, wie beispielsweise des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, an das auch die Herren Baade und Genossen appellieren, das zeigt sich vor allem am Menschen, in der Psychologie des Wirtschaftsmenschen. In einer Zeit der Typisierung des Menschen: „Mann ist Mann!“ glaubt man nicht mehr an diesen Faktor, weiß nicht mehr, daß Wirt-